

## Newsletter– Ausgabe Nr. 3

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, dass Ihr alle gut ins neue Jahr gestartet seid und freuen uns auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit den Fraktionen und Kreisverbänden im Ruhrgebiet, den Fraktionen in den Landschaftsverbänden und Regionalräten sowie dem Landesvorstand und allen interessierten Genossinnen und Genossen.

Am 11. Dezember 2015 tagte die 7. Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr. In der aktuellen Ausgabe informieren wir Euch über unserer Positionen zu den wichtigsten Entscheidungen dieser Sitzung.

Gleich vorweg, die mit Spannung erwartete Diskussion und Beschlussfassung über die Verwaltungsvorlage und die vorliegenden Änderungsanträge von uns und der FDP zur Verschmelzung der fünf Revierparks Gysenberg, Nienhausen, Vonderort, Kernade und Mattlerbusch zur Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr wurde auf die Sitzung im März 2016 geschoben.

Begründung seitens der CDU: Noch nicht alle beteiligten Städte haben ihr Votum abgegeben. Ihre Entscheidungen sollen in die Beschlussfassung des RVR einfließen.

Unseren Argumenten zur Beratung der Änderungsanträge verschloss man sich. Dabei beinhalteten beide Anträge Aufgaben an die Verwaltung, die die Rahmenbedingungen für die neue Gesellschaft verbessern und für den Diskussionsprozess in den Kommunen von Bedeutung sind. Ein Beispiel: Wir forderten die Bildung von Beiräten mit beratender Funktion für die einzelnen Gesellschaften zu prüfen. In diesen sollen die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Räte in die Diskussion über die Neuausrichtung der Freizeitgesellschaften im Rahmen der Gesamtgesellschaft beratend mitwirken. Auch die Entwicklung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Angebotspalette sowie für notwendige Investitionen sind weitergehende Aufgaben, denen man sich auch außerhalb einer Verschmelzung stellen kann und muss. So vergehen wieder drei Monate in denen sich der Prozess der Neuausrichtung der Freizeitgesellschaften verzögert.

Die Artikel im Überblick:

### **Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung am 11. Dezember 2015**

**Haushalt des RVR - keine Mehrheiten für sinnvolle Projekte** Seite 1

**LINKE und Piraten fordern: Personelle Verstärkung des Bereiches Planung** Seite 2

**Mitspracherecht des Verbandes bei Strukturfördermitteln stärken** Seite 3

**Förderung der freien Szene auf den Weg gebracht**

### **Außerdem...**

**Neuaufstellung des ÖPNV - Bedarfsplans NRW**

**Windenergieerlass NRW – Einzelfallprüfung richtiger Weg** Seite 4

**Dritter Regionaler Wohnungsmarktbericht**

### **Einige Pressemitteilungen...**

**Verteuerung des Sozialtickets weit über Durchschnitt**

**Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr eine Chance geben** Seite 5

**„Hilferuf“ aus dem Revier – aber nicht alle erwünscht**

**Einstieg der STEAG ins Braunkohlegeschäft falsch** Seite 6

**Perspektiven des Ruhrgebiets weiter diskutieren**

Eine anregende Lektüre,  
wünscht **DIE LINKE im Regionalverband Ruhr**

### **Neuigkeiten aus der Verbandsversammlung am 11. Dezember 2015**

---

#### **Haushalt des RVR - keine Mehrheiten für sinnvolle Projekte**

---

Bei dem im Vergleich zu den Ruhrgebietsstädten kleinen Haushalt des umlagefinanziertes Verbandes (Gesamtetat von 74,2 Mio. €) sind die Spielräume für neue Projekte zur Umsetzung des Strategiepa-

piers und zur Übernahme neuer Aufgaben im Rahmen des RVR-Gesetzes gering. Insofern lehnten wir auch den Antrag der FDP zur Senkung des Hebesatzes von 0,64% auf 0,63 % ab.

Bereits in der Diskussion zum Haushalt 2015 hatte unsere Fraktion eine von der XXL-Koalition (CDU/SPD/Grüne) beantragte neue Imagekampagne fürs Ruhrgebiet abgelehnt. Im Haushalt 2016 sollten nun für dieses Prestigeprojekt von XXL sogar rund 670.000 € verausgabt werden. Dabei geht es erst mal nur um Vorarbeiten.

Geld, welches wir sinnvoller anlegen wollten. Deshalb haben wir vorgeschlagen, eine Studie zu Möglichkeiten einer ruhrgebietsweiten Sozialberichterstattung in Auftrag zu geben. Auf deren Datengrundlage könnte man gezielt Strategien und Projekte zur Beseitigung von Langzeitarbeitslosigkeit im Ruhrgebiet entwickeln. „Warum soll das Ruhrgebiet nicht zum „Labor“ zur Überwindung von Armut, zur Schaffung öffentlicher Beschäftigungsverhältnisse und eines Sozialen Arbeitsmarktes werden?“, führte Wolfgang Freye in seiner Rede zum Haushalt aus.

Darüber hinaus haben wir die Erhöhung des Etats zur Förderung der freien Kulturszene, die Erarbeitung einer Konzeptstudie zur Umsetzung einer gemeinsamen Nahverkehrsplanung sowie die Aufstockung des Personals im Team Verkehrsplanung und im EU- Referat beantragt.

In einem weiteren Antrag forderten wir,

- mit der Erarbeitung des längst beschlossenen Masterplans „Bäder und Freizeitparks“ zu beginnen
- den Internetauftritt des Verbandes barrierefrei und in einfacher Sprache zu gestalten
- einen Personalentwicklungsplan zu erstellen und
- die Angebote des Naturforums Bislicher Insel als außerschulischer Lern- und Tagungsort weiter zu entwickeln.

Um es vorweg zu nehmen: allein die Anträge zur personellen Aufstockung des EU- Referates und zur barrierefreien Gestaltung des Internetauftrittes des Verbandes wurden angenommen.

Alle weiteren Anträge fanden keine Mehrheiten, trafen aber auf Zustimmung bei Teilen der Opposition.

Zwei unserer Ansätze fanden wir in abgewandelter Form in den kurzfristig vorgelegten Vorschlägen von der XXL- Koalition wieder. So stellten CDU, SPD und Grüne den Antrag ein Konzept für eine „Sozialkonferenz Ruhr“ vorzulegen. Dazu gehört für uns auch die Entwicklung einer ruhrgebietsweiten Sozialberichterstattung als wichtige Datengrundlage. Wir sind schon jetzt gespannt, inwieweit diese in das Konzept integriert wird.

In Punkto Verbesserung der Nahverkehrsplanung im Ruhrgebiet soll es ein Gutachten zur Optimierung des Nahverkehrs nach Inbetriebnahme des RRX geben. Darüber hinaus wird in diesem Jahr ein gemeinsamer politischer Arbeitskreis von RVR, VRR und NWL mit dem Ziel gegründet, Verbesserungen im Nahverkehr zu erreichen.

Am Rande bemerkt. Betrachtet man die Ausführlichkeit der Begründung zur Notwendigkeit einer Imagekampagne in den Haushaltsreden der Koalition, ist es erstaunlich, dass sie zur Finanzierung ihrer Vorschläge die Mittel für die Standortmarketingkampagne selbst um 190.000 € kürzten. Es gibt dann wohl doch wichtigere Aufgaben...

Die LINKE hat dem Haushalt nicht zugestimmt.

---

### **LINKE und Piraten fordern: Personelle Verstärkung des Bereiches Planung**

---

Mehrfach wurde in den Sitzungen des Planungs- und Verbandsausschusses festgestellt, dass der Planungsbereich des Regionalverbandes Ruhr im Vergleich zu den Planungsbereichen der Bezirksregierung unterbesetzt ist. Hinzu kommt, dass alle Fraktionen im RVR eine stärkere Beteiligung der Politik und der Verwaltung an den Entscheidungsprozessen im Land wollen. Die bisherige „Fremdbestimmung“ durch die drei Bezirksregierungen Düsseldorf, Münster und Arnsberg, die mit dem Land die Abwägungsentscheidungen treffen, sollte beendet werden. (Beschluss der Verbandsversammlung im September 2015 „Stärkere Beteiligung an der ÖPNV- Bedarfsplanung des Landes“). Wie will man aber ein solches Vorhaben umsetzen, wenn die Personaldecke jetzt schon zu dünn ist?

Da die Finanzierung des Personals wie bei den Bezirksregierungen durch das Land erfolgt, forderten wir in unserem gemeinsamen Antrag mit den Piraten die Landesregierung in Abstimmung mit der Verbandsleitung und den zuständigen Bezirksregierungen auf, für eine bessere personelle Ausstattung des Bereiches zu sorgen.

Nur bei den Fraktionen der Freien Wähler und der FDP rannten wir mit dem Antrag offene Türen ein. Die XXL- Koalition konnte sich bei der Abstimmung nicht mehr daran erinnern, dass auch ihnen die bessere personelle Besetzung des Bereiches Planung im September noch am Herzen lag.

---

### **Mitspracherecht des Verbandes bei Strukturfördermitteln stärken**

---

Einerseits hat das Land mit dem neuen RVR- Gesetz dem Ruhrgebiet Möglichkeiten für mehr Kooperationen in unterschiedlichen Bereichen wie Erneuerbare Energien, Verkehrsplanung, Betätigung in der EU, eingeräumt. Andererseits erfolgt die Aufstellung der Programme zur Vergabe von Mitteln aus den strukturwirksamen Landesförderprogrammen und deren Bewilligung am RVR „vorbei“.

Die Verantwortung tragen allein die drei Bezirksregierungen. Dabei hat im Ruhrgebiet die Verbandsversammlung als regionaler Planungsträger die Aufgabe über jene Belange zu beraten. Bisher erhalten die Mitglieder der Verbandsversammlung nur mit dem Land abgestimmte Prioritätenlisten. Dadurch können regionale Gesichtspunkte bei der Programmaufstellung kaum eingebracht werden. Um diese Situation zu ändern, sollte es eine „Zielvereinbarung zur behördlichen Zusammenarbeit zwischen den Regierungspräsidentinnen und Regierungspräsidenten Arnsberg, Düsseldorf und Münster und der Direktorin/dem Direktor des RVR“ geben. Nur wird die Vereinbarung seit einem Jahr durch eine Bezirksregierung Arnsberg blockiert.

Um hier endlich einen Schritt voran zu kommen, verabschiedeten alle Parteien eine Resolution, in der die Landesregierung gebeten wird, entweder durch Gesetzes- oder Verordnungsregelung oder eine Anweisung an die Regierungspräsidentinnen/den Regierungspräsidenten zur Unterzeichnung der Zielvereinbarung eine frühzeitig Beteiligung des RVR an der Aufstellung der Förderprogramme zu erreichen.

---

### **Förderung der freien Szene auf den Weg gebracht**

---

Auf Grund eines Antags der Fraktion DIE LINKE zu den Förderrichtlinien zur Regionalen Kulturförderung und unseres Wirkens im interfraktionellen Arbeitskreis wurden die Richtlinien für die Antragsteller\*innen im Sinne der Freien Szene überarbeitet. Im Mittelpunkt der Förderungen stehen Projekte mit starkem regionalen Bezug und nachhaltiger Wirkung, die zu einer Vernetzung der Kulturinstitutionen und der Akteure im Ruhrgebiet führen und diese stärken. Der weitere Ausbau interdisziplinärer und regionalkooperativer Arbeits- und Produktionsweisen insbesondere im Bereich der Off-Kultur werden gefördert.

Einziges Wermutstropfen - die Höhe des Etats. Die bereitgestellten Mittel von 70.000 € werden dem Bedarf nicht gerecht werden.

Eleonore Lubitz in ihrer Rede zu unserem Antrag, den Etat auf 150.000 € anzuheben: „Auch das Netzwerk X geht in seinem „Offenen Brief an den RVR“ von einer notwendigen Fördersumme von 300.000 € zur nachhaltigen Sicherung der Arbeit der Freien Szene aus. Anders als der jährliche Förderetat des RVR für sportliche Großveranstaltungen mit regionaler Bedeutung, geht es hier um eine breit angelegte Förderung von Künstlerinnen und Künstlern, welche die dringend benötigten Netzwerkstrukturen in den Blick nimmt. Allein aus diesem Grund muss es eine andere Wichtung der Etats geben.“

Wie bereits in der Abstimmung zum Haushalt folgten die anderen Parteien diesem Vorstoß nicht. Eine stärkere Förderung der Freien Szene wurde auch von den Grünen nicht unterstützt.

Die Richtlinie und der Förderantrag wird man zeitnah unter

<http://www.metropoluhr.de/regionalverband-ruhr/kultur-sportfoerderung/kultur-ruhr.html>

finden.

### **Außerdem ...**

---

### **Neuaufstellung des ÖPNV - Bedarfsplans NRW 2017**

---

Nachdem bereits die Kreise, Städte und Gemeinden ihre Projektvorschläge bei der gebietsmäßig betroffenen Bezirksregierung eingereicht haben, erfolgte die Abstimmung der Vorschläge in der Verbandsversammlung. Auf Empfehlung der Verwaltung wurden folgende Projekte in der Vorschlagsliste für die Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplanes einstimmig zusätzlich aufgenommen:

- Reaktivierung der Strecke Recklinghausen – Gelsenkirchen-Buer Nord für den SPNV
- Verlängerung Stadtbahn / Straßenbahn Flughafen Essen/Mülheim – Mülheim Hauptfriedhof.

Auf Vorschlag der XXL- Koalition wurden darüber hinaus noch die folgenden Projekte ergänzt:

- Verbindungskurve von Recklinghausen / Datteln / Waltrop kommend in Richtung Dortmund Hbf, mit Halt in Lünen Süd und Preußen

- Oberirdische Fortführung der Stadtbahnlinie U35 von Herne-Schloss Strünkede nach Recklinghausen

- Fortführung der Linie 308/318 von Bochum-Gerthe über Cöppencastrop nach Castrop-Rauxel – verbunden mit dem zweigleisigen Ausbau der Strecke in Bochum-Gerthe.

---

### **Windenergieerlass NRW – Einzelfallprüfung richtiger Weg**

---

Der Windenergieerlass NRW vom 4.11.2015 weist verbindlich für die Verwaltungen die planerischen Möglichkeiten des Ausbaus der Windenergienutzung im Land aus und gibt Hilfestellungen für rechtmäßige Einzelfallprüfungen. Er steckt zugleich den Rechtsrahmen für interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie privaten Akteuren ab. Um Klarheit zu erlangen, welche Bedeutung dieser Erlass sowohl für die Aufstellung des neuen Regionalplanes Ruhr als auch für die Nutzung von verbandseigenen Flächen hat, brachten wir in den Planungsausschuss des RVR eine entsprechende Anfrage ein.

Hier die Antworten der Verwaltung:

„Der Regionalverband Ruhr ist als Träger der Regionalplanung durch den Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW zur Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung aufgefordert. Die Ermittlung potentieller Vorranggebiete für die Windenergienutzung findet im Zuge der laufenden Erarbeitung des Regionalplans Ruhr statt und berücksichtigt die gültigen Vorgaben des Landesentwicklungsplans aus dem Jahr 1995, dem aktuellen Entwurf des Landesentwicklungsplans sowie der aktuellen Erlasse, Richtlinien und Leitfäden. Ausgehend von der gültigen Rechtsprechung und aktuellen Erlasslage wird auch im in Erarbeitung befindlichen Entwurf des Regionalplans Ruhr die Windkraftnutzung in Wäldern nicht generell ausgeschlossen. Bezüglich der Bereitstellung von RVR-Flächen für die Windkraftnutzung wird darauf hingewiesen, dass Eigentumsverhältnisse bei der Ermittlung der potentiellen Windenergiebereiche auf Ebene der Regionalplanung kein zu berücksichtigender Belang sind.“

Sollte es konkrete Anfragen von Investoren zur Errichtung von Windenergieanlagen in den Wäldern des RVR geben, würden diese im Einzelfall auf ihre Umsetzbarkeit mit Blick auf das Bundesimmissionschutzgesetz und ihrer Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung (u.a. Waldschutz und Waldinanspruchnahme) geprüft. In diesen Prozess werden die Regionalforstämter eingebunden. Erst nach der Einzelfallprüfung wird festgestellt, ob die vorliegende Planung/Maßnahme mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist.

Der Verband selbst beabsichtigt nicht in den Wäldern des RVR Windenergieanlagen zu errichten oder zu betreiben.

---

### **Dritter Regionaler Wohnungsmarktbericht**

---

Nun liegt der dritte Wohnungsmarktbericht seit 2009 vor. Was einst als Bericht der elf kreisfreien Städte des Ruhrgebietes unter dem Titel „Städteregion Ruhr 2030“ begann, wird zukünftig federführend durch den Regionalverband Ruhr fortgeführt. Im Speziellen enthält der aktuelle Bericht auch einen Beitrag zu den Entwicklungsperspektiven „alternder“ Ein- und Zweifamilienhausgebiete. Der aktuelle wie auch die vorhergehenden Wohnungsmarktberichte und ergänzende Tabellen sind als PDF-Dokumente auf der Internetseite der Städteregion Ruhr

([http://www.staedteregion-ruhr-2030.de/cms/handlungsfeld\\_wohnen.html](http://www.staedteregion-ruhr-2030.de/cms/handlungsfeld_wohnen.html)) abrufbar.

Über das reine Berichtswesen hinaus bearbeitet die Arbeitsgruppe die „Perspektive Wohnungsmarkt Ruhr“. Hier setzte man sich in den letzten drei Jahren mit der Förderpraxis des Landes auseinander und entwickelte Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Situation der beitragen sollen.

Aus Sicht unserer Fraktion gilt es der Schrumpfung des verfügbaren und bezahlbaren Wohnraums und dem millionenschweren Instandhaltungs- und Modernisierungstau im Wohnungsbestand der 50iger Jahre, der unsere Städte und Wohnsiedlungen prägt, etwas entgegen zu setzen. Erste Ideen hierfür gibt es bereits, wie der Einstieg in ein aktives flächendeckendes Leerstands-Erfassungssystem, das ein offensives Leerstands-Management ermöglicht – im Gegensatz zu den Notoperationen nach Wohnungsaufsichtsgesetz.

### **Einige Pressemitteilungen...**

---

#### **Verteuerung des Sozialtickets weit über Durchschnitt**

**30.12.2015**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hat erneut die Preiserhöhungen des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) kritisiert. Die Preiserhöhungen zum 1. Januar 2016 treffen nicht nur vor allem die Dauernutzer des Öffentlichen Nahverkehrs, da vor allem die Preise für Vierer- und Monats-Karten steigen. Am meisten treffen sie die Nutzer des Sozialtickets „Mein Ticket“. Das Sozialticket

wird zum 1. Januar um 1,05 Euro auf 31,95 Euro erhöht (+ 3,4 %) und zum 1. April 2016 ein zweites Mal auf dann 34,95 Euro.

„Die Preiserhöhungen gerade für das Sozialticket sind absolut unsozial“, so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Das Sozialticket wird damit innerhalb von vier Monaten 13,1 % teurer, mehr als viermal so viel, wie die ohnehin schon happige durchschnittliche Preiserhöhung der VRR-Fahrpreise um 2,9 %. Damit wird die Mobilität der ärmsten Bevölkerungsteile eingeschränkt und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weiter erschwert, denn viele können sich schon die jetzigen Sozialticketpreise nicht leisten. Die im Hartz IV-Satz vorgesehenen Mobilitätskosten liegen bei gerade 25,14 Euro im Monat. Treffen wird die Erhöhung vor allem die drastisch wachsende Zahl von ‚Aufstockern‘, die einer Arbeit nachgehen und ein so geringes Einkommen erzielen, dass sie zusätzlich Hartz IV erhalten. Aus diesem Personenkreis setzt sich ein Großteil der Nutzer/innen des Sozialtickets zusammen und sie sind darauf angewiesen, um zur Arbeit zu kommen.“

Kein Verständnis hat DIE LINKE im RVR dafür, dass in den VRR-Gremien nur der Vertreter der Ratsfraktion DIE LINKE/Piraten aus Dortmund gegen die Erhöhung gestimmt hat. CDU, SPD und Grüne stimmten zu.

„Die Verantwortung für die Erhöhung des Sozialtickets sehen wir jedoch vor allem bei Rot-Grün im Landtag“, so Wolfgang Freye abschließend. „Trotz intensiver Verhandlungen des VRR hat das Land die nötigen Zuschüsse für das Sozialticket nicht erhöht. 10 Mio. Euro mehr hätten die Finanzierungslücken geschlossen, das ist nicht viel mehr als die Baukosten für einen Kilometer Autobahn. Die Erhöhung des Sozialtickets, aber auch die allgemeinen Erhöhungen vor allem der Vierer- und Monatskarten beim VRR sind ein sozialpolitisches Desaster und kontraproduktiv für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs.“

---

### **Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr eine Chance geben**

**26.11.2015**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) sieht die Verschmelzung der Revierparks zur Freizeitgesellschaft Metropole Ruhr als eine Chance an, die Revierparks neu aufzustellen. Die jetzt durch den Dortmunder Oberbürgermeister Ulrich Sierau (SPD) entfachte Diskussion gegen die Kooperation kommt reichlich spät.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Seit 2011 diskutiert die Verbandsspitze mit den kommunalen Verwaltungen über Wege, die Revierparks und die Freizeitgesellschaften neu aufzustellen. Das jetzt vorliegende Vertragswerk ist Ergebnis der Beschlussfassung der Verbandsversammlung in 2013. Es ist uns ein Rätsel, warum Ulrich Sierau, der selbst Mitglied der Verbandsversammlung ist, sich nie mit seinen Bedenken zu Wort gemeldet hat. Da scheint doch ein besonders hoher ‚Kirchturm‘ eine Rolle zu spielen.“

Allerdings waren wir von Anfang an der Meinung, dass der auf unsere Initiative von der Verbandsversammlung beschlossene ‚Masterplan‘ für die Bäderlandschaft des Ruhrgebiets parallel entwickelt und nicht auf die ‚lange Bank‘ werden sollte. Dann gäbe es jetzt sicherlich schon erste Aussagen zu konkreten Investitionsprojekten, einer gemeinsamen Marketingstrategie und zur Überwindung des Instandhaltungsstaus. Allein der Zusammenschluss der Gesellschaften löst die Probleme natürlich noch nicht.“

Die Fraktion DIE LINKE wird im Rahmen der Beschlussfassung zur Verschmelzung der fünf Revierparks ihre Forderungen zur Erarbeitung des Masterplans, zur Erstellung eines Investitions- und Instandhaltungsplans, der Einführung eines einheitlichen Tarifsystems und der Integration von Sozialtarifen Nachdruck verleihen.

Utz Kowalewski, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im RVR und Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE & PIRATEN der Stadt Dortmund weiter: „Zwar hat Oberbürgermeister Sierau überall verlautbart, dass die Stadt Dortmund überlegt, den Revierpark Wischlingen in die städtische Trägerschaft zu übernehmen, bis dato liegen aber keine konkreten Aussagen zu den Bedingungen der Übernahme den politischen Gremien der Stadt oder dem Rat zur Diskussion und Beschlussfassung vor. Es ist an der Zeit endlich über die Vorstellungen der Verwaltungen von Stadt und RVR zu informieren. An so grundlegenden Weichenstellungen muss der Rat endlich umfassend informiert und beteiligt werden.“

---

### **„Hilferuf“ aus dem Revier – aber nicht alle erwünscht**

**23.11.2015**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält es für notwendig, dass sich bei einem Dialog über den Zustand, den Bedarf und die Entwicklung des Reviers nicht allein die Politiker aus CDU, SPD und Grüne an einen Tisch setzen und Forderungen an Bund und Land formulieren.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR, der an der Konferenz auch ohne Einladung teilgenommen hat: „Für uns ist es unverständlich, dass die Bundestags- und Europaabgeordneten der Partei DIE LINKE aus dem Ruhrgebiet zu der Konferenz gar nicht erst eingeladen wurden. Das

habe ich auch auf der Veranstaltung auch deutlich gesagt. Wenn man das berüchtigte Kirchturmdenken überwinden will, kann man den Dialog doch nicht damit beginnen, dass man einen Teil der parlamentarischen Kräfte ausschließt. Und die Opposition gehört in der parlamentarischen Demokratie nun einmal dazu. Wir halten es auch für wichtig, die politischen Kräfte im RVR in die Diskussion einzubeziehen.“ DIE LINKE im RVR unterstützt seit Jahren die Bemühungen, gemeinsame Positionen für das Ruhrgebiet zu entwickeln und war eine der ersten Parteien, die eine Direktwahl der Mitglieder für die RVR-Verbandsversammlung gefordert hat. Gerade bei den Kommunalfinzen und der anstehenden Neuordnung des „Solis“ müssen die Ruhrgebietsstädte mit einer Stimme sprechen.

„Wir begrüßen es, dass das von den Abgeordneten von CDU, SPD und Grünen verabschiedete Papier die Forderung der Umwandlung des Solidaritätsbeitrages in einen Fonds zur Finanzierung der Infrastruktur enthält. Auch das ist eine Forderung, die DIE LINKE schon lange erhebt. Der Streit, ob das Ruhrgebiet Finanzmittel fordern soll oder nicht, wie er unter anderem von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert (CDU) angezettelt wurde, scheint damit positiv gewendet zu sein. Eine weitere wichtige Forderung ist die nach einem sozialen Arbeitsmarkt, wofür die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundesebene verbessert werden müssen.“

Nicht verwunderlich ist aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR, dass sich die Parteien der XXL-Koalition gerade in der Flüchtlingsfrage nur auf vage Formulierungen einigen konnten und das Papier Aussagen enthält, die auf eine Verschärfung der Abschiebepolitik hinauslaufen. Das hätten DIE LINKE ebenso wenig mitgetragen, wie die Forderung nach einem Ausbau der A 52 im nördlichen Ruhrgebiet.

---

### **Einstieg der STEAG ins Braunkohlegeschäft falsch**

**13.11.2015**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) hält nichts von den Überlegungen bei der STEAG, sich gemeinsam mit dem Finanzinvestor Macquarie die ostdeutschen Braunkohleaktivitäten des Energieversorgers Vattenfall zu übernehmen.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Bei der Übernahme der Steag vor vier Jahren durch die Stadtwerke der sechs Ruhrgebietskommunen gab es klare Absprachen und Vorgaben der Räte zu den Zielen der Geschäftsentwicklung. Im Vordergrund standen die Stärkung der regionalen Energieerzeugung und der Umbau des Unternehmens in Richtung erneuerbarer Energien. Damit hat eine mögliche Übernahme der Braunkohle-Aktivitäten von Vattenfall rein gar nichts zu tun. Die Lausitz ist nicht gerade im regionalen Einzugsbereich des Ruhrgebietes und die Stromerzeugung aus Braunkohle ist die für die Klimaentwicklung schädlichste Möglichkeit zur Energiegewinnung. Für diese ‚Rückwärtsrolle‘ in der Geschäftsstrategie der STEAG kann es keine Zustimmung geben!“

In Brandenburg werden seit Jahren Ausstiegsszenarien aus der Braunkohle diskutiert, so dass es aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im RVR auch fraglich ist, ob eine Übernahme der Braunkohleförderung und einiger Kohlekraftwerke überhaupt wirtschaftlich sinnvoll.

Utz Kowalewski, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im RVR und Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke Dortmund weiter: „Die Ruhrgebietskommunen sind dabei, über vielfältige Aktivitäten den Weg des Ruhrgebietes als Region der erneuerbaren Energien zu stärken. Dazu passt der angedachte ‚Zukauf‘ nicht. Im Übrigen bin ich erstaunt darüber, über die Überlegungen aus der Presse zu erfahren. Es ist höchste Zeit, dass die Räte der sechs Ruhrgebietskommunen besser und direkt über die Entwicklung des Unternehmens informiert werden. Gerade an so grundlegenden Weichenstellungen müssen die Räte beteiligt werden.“

---

### **Perspektiven des Ruhrgebiets weiter diskutieren**

**23.10.2015**

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt, dass mit der heutigen Gesprächsrunde über die Zukunftschancen und Möglichkeiten des Ruhrgebietes die Diskussionen um das neue RVR-Gesetz und seine Chancen wieder neuen Schwung erhalten haben.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Mit dem neuen Gesetz sind eine Vielzahl von Perspektiven für die kooperative Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedskommunen und dem Verband eröffnet worden. Diese gilt es nun mit Leben zu erfüllen. Um beispielsweise die Probleme des Nahverkehrs im Ruhrgebiet zu lösen, ist die Gründung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft dringend notwendig. Ein erster Schritt auf diesem Weg wäre die Realisierung einer gemeinsamen Verkehrsplanung für alle Kommunen des Ruhrgebiets unter dem Dach des RVR. Für wenig zielführend halten wir dagegen die Position von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die Fragen der Kooperationen gegen die Frage der auskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen und des Verbandes zu stellen. Beides zusammen gehört in den Blick genommen! Die Ruhrgebietskommunen können den Prozess des Strukturwandels nur stemmen, wenn auch die Finanzfragen geklärt sind, Investi-

tionsmittel zur Verfügung stehen. Allein werden die Kommunen den Weg aus der Überschuldung nicht schaffen. Die Bildung eines Fonds für strukturschwache Regionen in Ost und West nach dem Auslaufen des Solidarpakts ist notwendig.“

---

Weitere, ausführlichere Informationen, Berichte von Sitzungen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht.

---

*Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:*

*Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de).*

---

**Impressum:**

DIE LINKE. im RVR  
Wolfgang Freye (V.i.S.d.P.)  
Kronprinzenstr. 35; 45128 Essen  
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334  
Email: [dielinke@rvr-online.de](mailto:dielinke@rvr-online.de) Internet: [www.dielinke-rvr.de](http://www.dielinke-rvr.de)